

Antrag

Hannover, den 19.05.2023

Fraktion der AfD

Ausbildungsstau bei den Feuerwehren abbauen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Unsere Feuerwehren verdienen nicht nur Wertschätzung, Respekt, Anerkennung und eine bestmögliche Ausstattung, sondern auch die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen für die Einsatz- und Führungskräfte. Eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen ist Grundvoraussetzung dafür, dass die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr insgesamt sichergestellt ist und der Schutz sowohl der Bürger, aber auch der Einsatzkräfte selbst gewährleistet werden kann.

Der Landtag stellt fest:

Das Land Niedersachsen stellt aktuell für den Brand- und Katastrophenschutz 6 100 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Diese reichen nicht aus, den seit Jahren anwachsenden Ausbildungsstau abzubauen¹. Weil die Zugangsvoraussetzungen für andere Lehrgänge fehlen, müssen ersatzweise die Landkreise zunehmend Lehrgänge für die Truppführerausbildung und andere höhere Funktionsstellen organisieren und bereitstellen. Auch bei der Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer während der Lehrgänge gibt es einen erheblichen Verbesserungsbedarf.

Die Abdeckung von nur 47 % des Ausbildungsbedarfs in diesem Jahr² ist nicht akzeptabel. Die bisher von der Landesregierung beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen reichen nicht aus, den durch die Corona-Einschränkungen entstandenen Stau bei den Lehrgängen abzubauen und dem in der Fläche weiter gestiegenen Ausbildungsbedarf in Niedersachsen Rechnung zu tragen.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

1. ein Konzept zu erarbeiten, welches die Zielvorgaben bezüglich der personellen Ausstattung der niedersächsischen Feuerwehren, insbesondere bei den Führungskräften, berücksichtigt und langfristig und sachgerecht umsetzt,
2. das Ausbildungsmanagement im Niedersächsischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (NLBK) nachhaltig zu verbessern, Sach- und Personalmittel für die Ausbildung von Einsatzkräften, insbesondere für die Truppführerausbildung und andere höhere Funktionsstellen, zur Verfügung zu stellen und im Haushalt die in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten entsprechend zu berücksichtigen,
3. parallel dazu die Landkreise kurzfristig mit weiteren finanziellen Mitteln auszustatten, damit diese zumindest in der Phase des Abbaus des Ausbildungsstaus einzelne Lehrgänge aus dem Angebot des NLBK eigenständig durchführen können und
4. Präsenzveranstaltungen im Lehrgangsbetrieb des NLBK als Standardangebot zu erhalten und auf die digitale Vermittlung der Lehrinhalte soweit möglich zu verzichten.

Begründung

Die Gewährleistung des Brandschutzes und des Rettungsdienstes ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unabdingbare Voraussetzung hierfür ist eine hinreichende Ausstattung

¹ https://www.nwzonline.de/friesland/zu-wenig-investition-in-ausbildung-feuerwehr-hooksiel-fordert-bessere-bedingungen_a_3,2,3359279195.html.

² <https://www.rundblick-niedersachsen.de/feuerwehren-warten-monatelang-auf-einen-ausbildungsplatz-hat-das-land-gepennt/>.

der niedersächsischen Feuerwehren mit gut ausgebildetem Personal. Dafür bedarf es aufgrund der aktuellen Situation des Ausbildungsstaus insbesondere der Erweiterung der Plätze für Truppführerlehrgänge. Diese Lehrgänge sind als Bestandteil der weiterführenden Ausbildung von besonderer Bedeutung, weil auf ihnen alle weiteren Führungsebenen wie Gruppenführer oder Zugführer aufbauen.

Die Pläne der Landesregierung, ab dem Jahr 2024 die heutigen separaten Truppführerlehrgänge nicht mehr als eigenständige Präsenzveranstaltung am NLBK oder bei den Landkreisen durchzuführen, sondern in die Truppmannausbildung zu integrieren, Lehrgangsinhalte zu straffen und dabei Präsenzzeiten durch digitale Schulungen zu kürzen, ist ein fragwürdiger Ansatz. Bestimmte Lerninhalte bedürfen schlichtweg der praktischen Vermittlung, welche nicht digital durch Videos ersetzt werden können. Keinesfalls darf die Qualität der Ausbildung in einem derart sicherheitssensiblen Bereich darunter leiden, dass Versäumnisse, die maßgeblich durch die unverantwortliche Corona-Politik der Landesregierung verursacht wurden, mithilfe untauglicher Lehrmethoden nur scheinbar behoben werden. Das gemeinsame Lernen ist nicht nur förderlich für die Wissensvermittlung, sondern stärkt auch die Kameradschaft und das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Teilnehmern, was im späteren Einsatz ebenso von Bedeutung sein kann wie die erlernten theoretischen Kenntnisse. Daher ist ein durchgängiger Präsenzbetrieb anzustreben, bei dem digitale Angebote die Ausnahme bleiben.

Klaus Wichmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 22.05.2023)